

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-59394](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-59394)

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Wöchentlich erscheinen zwei Nummern in $\frac{1}{2}$ Bogen. Der Vorausbezahlpungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

V. Jahrgang.

Freitag, den 26. Mai 1848.

N^o 42.

An die Bewohner des Amtes Oldenburg

überschriebenen Aufsatz las ich in der heutigen Nummer (41.) des Beobachters. Herr v. Lügow staltet darin auf eine recht freundliche Weise seinen Bericht über die Resultate der Beratungen der „Vier- unddreißiger“ ab. Ich bin weit entfernt diesen Bericht durchweg zu belächeln, nur das darf ich nicht verschweigen, daß Herr v. Lügow sich irtet, wenn er behauptet, in Betreff der Schullehrer-Petition nicht gesagt zu haben, daß er die Beschwerden der Lehrer (ich will milde sein) zum Theil ungerecht halte. Ich erkläre dagegen nach wie vor: daß Herr v. Lügow diese Worte gebraucht und daß ich dies durch Zeugen beweisen kann, trotzdem daß es nicht im Protocolle steht. Aus den Protocollen ist überhaupt manches weggeblieben, und in diesem speciellen Falle würde ich die ausdrückliche Aufnahme der von Lügow gebrauchten Worte verlangt haben (denn einzelne von meinen Mitabgeordneten hatten sie noch sehr wohl im Gedächtniß behalten), wenn v. Lügow nicht in seiner Verwahrung gesagt hätte, er habe es in einem andern Sinne gemeint, blos in Beziehung auf die Schulkhäuser.

Uebrigens hätte Herr v. Lügow seinen Bericht auch wohl sonst etwas genauer abfassen können, denn einem großen Theil seiner Wähler wird es nicht unangenehm sein, zu erfahren, daß die Vier- unddreißiger eine Vermögenssteuer als die gerechteste und billigste Steuer erkannt und diese bei nächster Steuerausgleichung und anderweiter Steuerregulirung empfohlen haben; freilich schien Herr v. Lügow damit nicht ganz einverstanden, er meinte vielmehr, der Reiche bezahle so schon mehr, z. B. indirecte Steuer und Armengeld; allein Herr v. Lügow bedachte wohl nicht, daß der Aermere auch Salz- und Caffee-Steuer erlegt, und es nicht unbillig erscheint, daß der

Reiche und Wohlhabende dann für Wein, Zucker und Cigarren, die der Arme entbehren muß, etwas vom Ueberfluß an den Staat entrichtet. Nimmer kann dem Wohlhabenden die durch solche Consumption hervorgerufene größere Besteuerung bei einer andern Steuer in Abrechnung kommen. Doch brechen wir davon ab. Herr v. Lügow hat mehrmals erklärt: „Bin ich übereinstimmig, so folge ich der Mehrheit“ — und so, hoffe ich, werden wir ihn als guten Oldenburger bei der nächsten Vermögenssteuer in unsern Reihen erblicken, und zu befürchten keinesweges Ursache haben, daß er nicht eben so gern zum Thaten als zum Rathen bereit ist. Daß Herr v. Lügow darum, weil er, wie gerecht und billig, mit zu den Staatslasten herangezogen wird, sein Unterthanenrecht nicht aufgibt, davon dürfen wir bei seinem guten Sinn für Oldenburg überzeugt sein, und ich glaube, er wird durch die That voranzehend beweisen, daß seine Befürchtung: als ob darum der Reichere sein ihm bisher lieb gewesenes oldenburgisches Bürgerrecht aufgibt, weil endlich mal die Billigkeit verlangt, daß er nicht länger zum Druck seiner Mitbürger unbesteuert bleibe, — eine ungegründete gewesen.

Zwischenahn 1848, Mai 23.

Brader.

Auszug

aus dem Protocolle des „Politischen Vereins“ zu Abbehausen vom 19. Mai.

Antrag 1. Der P. V. möge Herrn Müller auffordern, sich wegen seiner in Nr. 137 der Bremer Zeitung mitgetheilten Aeußerung: „Er gehöre zu der gebildeteren Classe, er bekümmere sich nicht um das rothe Volk und wolle deshalb von einer Appellation an dasselbe nichts wissen“; überhaupt aber auch wegen der von ihm versuchten Entschuldigung des Bundestags in Bezug auf dessen geheimen Beschluß — öffentlich zu rechtfertigen.

Dieser Antrag wurde einstimmig beschlossen und sofort zur Ausführung gebracht.

Antrag 2. Der P. V. möge in Betreff der zu Geering im Kirchspiele Abbehausen kürzlich vorgekommenen, in mancher Beziehung Auffallen erregenden

Hennings'schen Angelegenheit darum einen öffentlichen Tadel aussprechen, weil ein solcher **Gewalt-Schritt** (wie geschehen) den bestehenden Gesetzen und der gesetzlichen Obrigkeit zuwider habe vorkommen können.

Der Antrag wurde allgemein genehmigt, und wird der gedachte Tadel also hiermit ausgesprochen. — Zum näheren Verständnisse ist zu bemerken, daß Hennings wegen gewisser, angeblicher Rechte seine bisherige Wohnung um Mai nicht räumen wollte. Angeblich soll das Landgericht einige Tage nach Mai verfügt haben: „Hennings müsse das Haus räumen.“ Gewiß ist, daß der Eigentümer, Hausmann Hayßen von Hartwarden, an diesem Tage in Begleitung mehrerer, von ihm dazu gedungenen Leute bei Hennings erschien, um ihn und seine Habe zum Hause hinaus zu transportiren. Gewiß ist ferner, daß dies Geschäft nicht nur begonnen, sondern auch fast ganz vollendet wurde. Da erscheint Hennings Bevollmächtigter mit einem Gegenbefehl des Landgerichts, Hennings wohnt nun noch mehrere Tage in dem Hause und zieht erst ab in Folge eines vor Gericht geschlossenen Vertrags. — Der „Politische Verein“ erkennt hiernach also entweder in dem Verfahren des Hausmanns Hayßen einen „Gewalt-Streich“, wenn nämlich die betreffende Polizei-Behörde, das Amt, einen zum „Hinauswerfen“ erforderlichen Befehl etwa gar nicht erteilt hatte, oder aber in dem Verhalten des Amtes, wenn es geschehen ließ, daß **gänzlich Unbefugte**, Einwohner eines fremden Amtes, hier so agirten.

Antrag 4. Der P. V. möge öffentlich erklären, daß die in Betreff der Küsten-Verteidigung vom Amte erlassene Bekanntmachung den Rechten des Volks widerspreche und unzeitgemäß, daß namentlich auch der Ausdruck: „bei polizeilicher Strafe“ — durchaus unpassend sei. — Der Verein trat dem Antrage einstimmig bei, und wurde weiterhin noch hinzugefügt, daß die gedachte Bekanntmachung, so weit es den einzelnen Vereins-Mitgliedern bekannt geworden, überall Mißfallen und Unwillen hervorgerufen habe. Ferner wurde noch berichtet, daß in einem Kirchspiele des Amtes die Publication der Bekanntmachung von dem Gemeinde-Vorstande als ungesetzlich verweigert worden sei.

Ein 5ter Antrag betraf die Herrichtung der deutschen Flotte. Ueber diesen Punkt wird nach Beschluß des „Politischen Vereins“ in den ersten Tagen ein besonderer Ausruf erlassen werden.

Namens des Vorstandes
der p. t. Secretair.

Directe oder indirecte Wahlen?

Auch in unserm Ländchen wird jetzt lebhaft die Frage besprochen: ob unsre demnächstigen Ständemitglieder direct vom Volke oder indirect durch Wahlmänner zu wählen seien. Es ist unbegreiflich, wie noch so viele, selbst sonst freisinnige Männer die indirecte Wahl verteidigen können. Zwei Gründe sind es vornehmlich, die sie zur Verttheidigung ihrer Meinung anführen:

- 1) Unser Volk, besonders auf dem Lande, habe noch nicht die politische Bildung, seine Deputirten selbst wählen zu können und
- 2) die directe Wahl sei nicht ausführbar, weil dabei eine zu große Zahl Uewähler an einem Orte zusammenkommen würden, als daß man ein ruhiges, geregeltes Wahlgeschäft erwarten könne.

Zu 1. Es frägt sich zunächst: Machen die politisch Unreifen die größte Zahl von Oldenburgs Einwohnern aus, dann sind wir überall noch gar nicht reif für eine Constitution, dann bleiben wir bis weiter noch besser bei der absoluten Monarchie, denn jede Staatsverfassung muß nothwendig der Mehrzahl des Volks anpassen; sind die politisch Unreifen aber die Minderzahl, so haben wir bei directen Wahlen nichts zu befürchten, denn die daraus hervorgehenden Deputirten werden auch die Minderzahl ausmachen.

Ueberhaupt haben wir aber bei directen Wahlen durchaus nicht zu befürchten, daß politisch ganz Unreife zu Deputirten gewählt werden, dazu hat unser Volk einen zu gesunden Sinn, weit eher können unpassende Deputirtenwahlen von Wahlmännern ausgehen, indem es an manchen Orten an der erforderlichen Zahl tüchtiger Personen zu Wahlmännern fehlen möchte. Sind aber auch solche tüchtige Wahlmänner in genügender Anzahl vorhanden, so werden sie, an vielen Orten mindestens, nicht herausgefunden werden, denn unser Volk wird sich bei der Wahl der Wahlmänner nicht zahlreich betheiligen, weil es die Wichtigkeit derselben nicht erkennt. Wählt es aber den Deputirten, der Aller Interesse vertreten soll, direct, dann werden Alle hingehen, um dem Manne ihres Vertrauens die Stimme zu geben. Bei indirecten Wahlen bilden wir wieder eine Aristokratie im Volke (die Wahlmänner), das Volk will dies aber nicht, „selbst ist der Mann“, sagt es, und wahrlich mit vollem Rechte.

Und wie soll denn das Volk zur politischen Reife gelangen, wenn ihm nicht Mittel und Wege dazu geboten werden? Diese Mittel sind aber zunächst, daß es direct Theil nehmen kann am öffentlichen Leben und wer möchte es ihm verargen, daß es die Männer, die ihm Gesetze vorschreiben sollen, auch selbst direct mitwählen will?

Wir kämpfen Alle für die Freiheit, wenigstens behauptet dies ein Jeder, wie mag man dann aber der indirecten Wahl das Wort reden? Nur die directe Wahl ist die freie Wahl, indem sie vom ganzen Volke ausgeht, die indirecte Wahl aber ist eine unfreie Wahl, indem sie nur von einer aus dem Volke erwählten Aristokratie von Wahlmännern hervorgeht.

Zu 2. Dieser Grund ist durchaus nicht stichhaltig, zunächst, weil er nicht durch Erfahrung bewiesen werden kann, vielmehr spricht die Haltung unserer jüngsten größeren Versammlungen grade für das Gegentheil. Und warum sollte denn in Deutschland in diesem Falle nicht möglich sein, was in Nordamerika, Frankreich und England sich als möglich und praktisch bewährt hat? Unsere Landsleute sind weit mehr für Ruhe und Ordnung, als die Einwohner der genannten Staaten; es wäre vielleicht zu wünschen, daß wir Oldenburger ein

wenig unruhiger wären. Es ist unsre entschiedene Ansicht, daß die directen Wahlen nur die allein richtigen und praktischen sind. Möge man auch nicht den Geist der Zeit außer Acht lassen: das Volk ist von vorn herein mißtrauisch gegen Alles, was nicht direct mit von ihm ausgeht, es glaubt sich in seinen Interessen nicht berücksichtigt, daher die an vielen Orten stattgehabten Gährungen, die freilich nicht zum Ausbruch gekommen. Aber täusche man sich nicht, mit Spannung erwartet das Volk die Dinge, die da kommen sollen, und mit der größten Sicherheit erwartet es das Recht, seine Deputirten direct wählen zu können. Zählte man die Stimmen, gewiß würden $\frac{3}{4}$ myrer Landeseingewesenen sich für directe Wahlen aussprechen. Freilich giebt es noch Manche, welche meinen, wer nicht mit zu den Staatsabgaben beitrage, der könne auch nicht mit sprechen über Staatsangelegenheiten; danach wären nach dem bisherigen Steuerhystem also nur die Grundbesitzer zum mitprechen berechtigt, aber auch der besitzlose Stand hat lange genug seine Kräfte dem Staate gewidmet, ohne dafür hinreichend berücksichtigt worden zu sein. Bisher warf man ihm die Brocken zu, damit er nicht verhungere und seine unentbehrlichen Kräfte den im Besitz Schwelgenden nicht entzogen würden. Das ist aber jetzt anders: das Volk will endlich mündig sein, es will die Menschenrechte erlangen und jeder aufrechtige Patriot, jeder sührende Mensch kann das nur billigen.

Also das Volk verlangt, erwartet eine directe Wahl, täuschen wir es in diesen billigen Erwartungen nicht, es könnte sonst wirklich Unbilliges verlangen wollen.

+

Die neue „Entwurfs“-Commission.

Man hat behauptet, daß nimmehr auch in den höhern Regionen die Zeit begriffen und der Entschluß gefaßt sei, mit ihr Hand in Hand zu gehen. Zu einer solchen Erwartung berechtigte sogar die landesberliche Commission bei den „Vierunddreißigern“, über deren Verhalten wir uns zum Theil recht gefreut hatten. Aber es war dies entweder Alles wiederum eine Täuschung, oder man kann sich dort Oben doch schlechterdings nicht in die neue Wirtschaft finden. Die neu ernannte Commission von sechs Männern zur Ausarbeitung eines (zweiten!) Verfassungs-Entwurfs beweist dies. Wir wollen diesen Beweis durch Darlegung der Fähigkeit und Nichtfähigkeit jener sechs Männer — der erwähnten Commission — zu ihrem Geschäfte darzulegen suchen. Die freie Presse und die Wichtigkeit des Gegenstandes fordern dies.

1) Staatsrath Schloifer, Präsident der Justizcanclei zu Oldenburg. Ein Mann von Consequenz und ehrenwerthem Charakter, dabei, soweit wir ihn kennen, ziemlich freisinnig; als hoher Beamter aber, wie zu vermuthen, mehr für den Fürsten als für das Volk wirksam, auch vielleicht schon zu alt, um sich ganz in die Forderungen unserer Zeit zu finden.

2) Amtmann Greverus. Ebenfalls ein charaktervoller Mann, ein trefflicher Familienvater, ein treuer Erfüller seiner Berufspflichten; aber auch ein Beam-

ter, der jeden Tag noch den Hofrathstitel zu erwarten hat und der schlechterdings, wie jeder Unbefangene auf den ersten Blick sehen muß, nicht geeignet ist, eine Constitution nach dem Bedürfnisse unserer Zeit zu entwerfen.

3) Regierungs-Professor Bucholz. Ein tüchtiger und gesinnungsvoller Mann in den besten Jahren, von dem wir wünschten, daß er **unabhängig**, nicht aber Beamter wäre, der leider aber dadurch grade gezwungen sein wird, wie man sagt, „gute Miene zum bösen Spiele“ zu machen.

4) Obergerichtsanwalt Dr. Großkopf in Oldenburg. Ein auf dem Felde der Politik ganz obskures Individuum, von der öffentlichen Meinung längst als conservativ, ja, wenn es das Gemeinwohl betrifft, sogar als höchst indifferent bezeichnet, was er auch in der Versammlung der „Vierunddreißiger“ zum Theil bewiesen hat, der also vor Allen am allerwenigsten geeignet sein möchte, den Anforderungen des Volks zu entsprechen.

5) Hausmann Umme Lübben in Holzwarderwarp. — Vielleicht um einem unausbleiblichen Tadel zu entgehen, nahm man auch ein ländliches Element in die Commission. Man hätte aber wohl kein besseres nehmen können, als Herrn Umme Lübben, der ein sehr reicher Mann ist und schwerlich gegen seinen eignen Geldbeutel stimmen wird. — Endlich

6) Advocat Fischer in Wickenfeld. — Hat denn Wickenfeld keine gediegenere, tüchtigere Leute aufzuweisen? — Daß der Advocat Fischer zur Entwerfung eines Staatsgrundgesetzes gradezu als **untüchtig** genannt werden kann, hat er durch seine „Deutsche Ansprachen I.“, sel. 2. Aufl., klar bewiesen. — Mehr nicht über diesen Mann.

Das siebente Mitglied der Commission wird wahrscheinlich noch aus dem Cabinet hervorgehen.

Was kann nun aus diesen zusammengesetzten Elementen Erpriechliches für das Volk entstehen? — Wenn man sagt, das Entwerfen des Staatsgrundgesetzes sei Sache des Großherzogs und er könne damit beauftragen, wen er wolle, — und der „Entwurf“ sei ja noch nicht das „Grundgesetz“, so war es mindestens wieder sehr unpractisch und unpolitisch für unsere Zeit, die mit dem „Entwurf“ beauftragten Personen öffentlich zu nennen und dadurch das Mißtrauen des Landes gegen die Regierung aufs Neue zu machen. Daß diese Personen ohne Instruction handeln sollen, macht ihre Stellung um so schwieriger. Und sollte die Regierung wirklich glauben, ihre Ansichten dennoch bei der nächsten Ständeversammlung durchzusetzen? — wir zweifeln sehr daran! Es wäre aber doch zu bedauern, wenn abermals Zeit und Kosten eines „Entwurfs“ vergeblich aufgewendet würden, was nach Lage der Sache sehr leicht möglich ist.

+

Die Wahl der Deputirten nach Hamburg.

Auf die gestrige Einladung des Directoriums des Gewerbe- und Handels-Vereins hatte sich eine sehr zahlreiche Versammlung eingefunden, ein Beweis, daß wenn von practischen Verhandlungen die Rede ist, das Publicum so indifferent nicht ist, wie einige der studirten

Herrn des Directoriums meinen. Man will jetzt Thatsachen und hat es satt, langweilige Vorträge zu hören, die oft von Leuten gehalten werden, denen nicht allein die practische sondern auch alle theoretische Bildung abgeht.

Nach weitläufigen Verhandlungen, die indessen zeigten, daß der Handwerker sich nicht länger bevormunden lassen will und selbst zu handeln denkt, wurde beschlossen: Einen Deputirten vom Gewerbeverein nach Hamburg, zu der am 2. Juni dort ausgeschriebenens Versammlung von Gewerbetreibenden, zu schicken und die Wahl am Sonnabend vorzunehmen. — Da die Handwerker eine ähnliche Wahl von zwei Mitgliedern aus ihrer Mitte am Donnerstag vornehmen wollen; so wäre zu wünschen, daß die Wahl des Gewerbevereins auf einen Fabrikanten oder Kaufmann fielen. Daß diese nicht auf einen studirten Herrn, oder einen solchen, der sich diesen gleich stellen will und die theoretische Seite vertritt, fallen wird, glauben wir annehmen zu dürfen.

Fast alle Verwirrungen und Trübsale, woran wir jetzt leiden, haben wir den studirten Herren mit ihren Theorien zu danken; sie sind in practischen Sachen mit Quacksalbern, die weder das Uebel noch die Mittel kennen, zu vergleichen. Jetzt sollen die Wunden, die uns die unbedingte Gewerbefreiheit geschlagen hat, von der mangelhaften Bildung des Gewerbebestandes entstanden sein und wollen sie den Hungrigen, anstatt mit Brod, mit einem Buche abfüttern. 5.

Vorkläufige Anzeige und Aufforderung.

Am gestrigen Tage ist von einer zahlreichen in Clöfeth zusammengetretenen Versammlung ein Comité gewählt, bestehend aus den Herren Amtmann Deltersmann, Rechnungsführer Kanzelmeyer und Kaufmann J. G. Becker in Clöfeth, Kaufmann S. G. Müller und Consul H. C. Köppen in Brake, Kaufmann H. C. von Büttel zu Dreifelsen und Schiffscapitain Job. Braune zu Weeserdeich und den Unterzeichneten, um zur Einfindung von Beiträgen für Gründung einer deutschen Kriegesflotte, zur Bildung von besondern Comité's in den verschiedenen Drien unseres Landes zu gleichem Zwecke aufzufordern.

Der desfallsige Anruf wird in den nächsten Tagen ergehen, und werden namentlich auch die Unterzeichneten den Zusammentritt einer besondern Comité in der Stadt Oldenburg zu veranlassen suchen; um aber bis dahin die Zeit nicht ungenutzt für diese deutsche Sache vergehen zu lassen, halten sie sich zu dieser vorkläufigen Anzeige verpflichtet und es werden auch jetzt schon die genannten Mitglieder der Hauptcomité, so wie Herr Rechnungsführer Brader in Zwischenahn, Beiträge zu dem gedachten Zwecke gerne und mit Dank entgegennehmen und demnächst den Empfang öffentlich anzeigen.

Eingegangen sind bis jetzt bei den Unterzeichneten außer einigen Gldbeiträgen eine goldene Uhrkette und ein silberner Strickbaken.

Oldenburg, 1848 Mai 25.
Carl Klävermann. G. Strackerjan,
Regierungssecretair.

Concert-Anzeige.

Das hiesige Militairmusikchor beabsichtigt im Lauf der nächsten Woche ein Concert zu veranstalten; es hält sich verpflichtet, für eine gemeinsame deutsche Sache: „Gewinnung einer deutschen Kriegesflotte“ auch in seiner Weise beitragen zu müssen.

Das geräumige Lokal, die ehemals Hegeler'sche Besetzung ist von dem Vorstand der Harms'schen Clubgesellschaft bereitwilligst eingeräumt worden.

Der Eintrittspreis wird so gestellt sein, daß er die möglichst allgemeine Theilnehmung des Publikums zuläßt; daneben steht es jedoch bemittelten Personen frei, größere Gaben darzubringen.

Durch die oldenburgischen Anzeigen wird der Concerttag bekannt gemacht werden; ebenso werden Anschlagzettel an dem Tage selbst erscheinen. A. A.

Kirchliches.

Vom 19. bis 25. Mai sind in der Oldenburger Gemeinde

I. Copulirt: 42) Wilke Gerdes und Gesehe Margarete Schröder zu Wechloy. 43) Georg Christoph Martin Menzel und Johanna Maria Sophie Hüttemann, Oldenburg. 44) Gerhard Sander und Sophie Louise Breithaupt, Heil. Geistthor.

II. Getauft: 146) Marie Christine Grasshorn, Ohmsiede. 147) Friedrich Wellmann, Ohmsiede. 148) Carl Wilhelm Heinrich Adolph Spaltbeff, Oldenburg. 149) August Eduard Gerhard Böning, Oldenburg.

III. Beerdigt: 167) Gesehe Dieß geb. Schröder, Wechloy, 32 J. 168) Heinrich Helmerichs aus Lettens, Hospital, 22 J. 169) Heinrich Christian von Garten, Oldenburg, 64 J. 170) Heinrich Hermann Philipp Müller, Overfen, 63 J. 171) Bruno Siebt Böckeler aus Wierden, Hospital, 36 J. 172) Magdalene Gotes geb. Ahlhorn, Oldenburg, 68 J. 173) Johann Wilhelm Ferdinand Oldenburg, Oldenburg, 3 J.

Sonntag, den 28. Mai predigen in der Lambertikirche
Frühpredigt: Herr Pastor Greverus. Anf. 8 Uhr.
Hauptpredigt: Herr Pastor Gröning. „ 9 1/2 „
Nachm.-Pred.: Herr Assistentprediger Kint. „ 2 „

Marktpreise in	Sonntabend		Montag		Mittwoch	
	20. Mai	21. Mai	22. Mai	23. Mai	24. Mai	25. Mai
Oldenburg.	fl	gr	fl	gr	fl	gr
Rothen . . . pr. Scheffel	—	43	—	42	—	42
Buchweizen . . .	—	—	—	—	—	—
Rothenbrod . . . pr. Scheffel	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln . . .	—	10	—	10	—	10
Schinken . . . pr. Pfund	—	9 1/2	—	—	—	11
Speck . . .	—	—	—	—	—	—
Butter . . .	—	13	—	13	—	12
Eier . . . pr. Duzend	—	6	—	6	—	6
Erbsen . . . pr. Kanne	—	4	—	4	—	4
Bohnen . . .	—	6	—	6	—	6

Brieftasche. Der Artikel: „Die Volksschule“ ic. mußte leider noch einmal zurückbleiben. — „Ueber Gewerbe-freiheit“ — in nächster Nummer.

Einsendungen werden unter der Adresse:
An die Redaction des Beobachters in Oldenburg
in der Verlags-handlung von Gerhard Stalling
unseranknit angenommen.

Redacteur: G. Voigt. — Schnellpressendruck und Verlag von Gerhard Stalling in Oldenburg.

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Wöchentlich erscheinen zwei Nummern in 1/2 Bogen. Der Vorausbezahlspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

V. Jahrgang.

Dienstag, den 30. Mai 1848.

N^o 43.

Die deutsche Kriegsflotte.

Aufruf an das oldenburgische Volk.

Die Schmach, die das winzige Dänemark jetzt unserm großen Vaterlande anthut, hat endlich wohl für Alle den überzeugenden Beweis geliefert, daß wir eine Kriegsflotte herstellen, daß wir sie schnelligst herstellen müssen!

Von dieser Ueberzeugung geleitet, will der „Politische Verein“ des Amtes Abbehausen durch diese Ansprache das Augenmerk aller Oldenburger auf diesen hochwichtigen Gegenstand hinzulenken versuchen. Zwar wird das Volk sagen: „Laßt die Fürsten sorgen, laßt sie allein sorgen und sehen, woher sie das Geld nehmen! Sie haben in 33 Friedensjahren Millionen an unnütze Dinge verschwendet; es ist daher nur billig, daß sie hier, wo es gilt, ein so schmähhches Verschümmiß nachzuholen, von einer außerordentlichen Beihülfe des Volks ganz absehen. Laßt sie von ihrem Privatvermögen hergeben, was hier notwendig ist!“

So wird das Volk reden; aber die deutsche Nation ist so großmüthig und edel als geduldig, und gewiß stehen die Oldenburger hierin ihren übrigen deutschen Brüdern nicht nach. Wie oft schon haben sich Deutschlands edelste Söhne in blutigen Kriegen hinschlachten lassen, wie oft schon ist Habe, Gut und Glück geopfert worden. Und warum? Bloß um einige Dynastien auf ihren Thronen zu erhalten. Im Andenken an solche Thaten der Väter muß es uns ein Leichtes sein, zur Herstellung der deutschen Kriegsflotte einige Tausende zusammen zu bringen.

Auf denn, oldenburgisches Volk! Auf, Reiche und Arme! Mögen die Reichen nur nach Hunderten zählen, und mögen auch die Armeren ihre Groschen nicht zurück halten!

Kniphausen ist schon mit einem glänzenden Beispiele voran gegangen. Die 3300 Bewohner dieses Ländchens haben bereits 3000 R zur Herstellung der deutschen Flotte zusammen gelegt. Möge unser ganzes Land sich dieses Beispiel zum Muster nehmen!

Es würde angemessen sein, wenn in allen Gemeinden des Landes sich sofort Männer zur Empfangnahme, respect. Einsammlung von Beiträgen vereinigten. Ueber die Art und Weise der Verwendung dürfte demnächst leicht eine Vereinigung zu treffen sein. *)

Der „Politische Verein“ zu
Abbehausen.

Ueber Gewerbefreiheit.

Die vorliegende Verfassungsfrage hat auch bei uns den Wunsch einer Gewerbefreiheit angeregt und ist derselbe in den bei unserm Großherzoge eingereichten Petitionen vielseitig ausgesprochen. Nur in der Stadt Oldenburg wollen sie den alten Jopf behalten, wie die Nummer 39 des Beobachters vom 16. Mai d. J. enthält. Wir erlauben uns unsere Bemerkungen hierüber zu machen. Der Rathsherr Hoyer daselbst sucht in seinem abgehaltenen Vortrage darzuthun, daß man einer unbeschränkten Gewerbefreiheit nach allen Kräften wehren müsse. Dieses können wir nur bloß beim Handwerkerstande einigermaßen eintäumen, indem es bei diesem zulässig ist, gewisse Bedingungen, worauf wir später zurückkommen werden, bei der Stabilirung zu stellen. Die sonstigen andern Gewerbe, als: Handel, Fabriken etc. müssen unbedingt frei sein. Staaten

*) Dem „Politischen Verein“ war es wohl vor Abendung des obigen Aufrufs noch nicht bekannt, daß sich in Glosfeld bereits am 24. Mai ein Hauptcomité zur Gründung einer deutschen Kriegsflotte gebildet hat. (S. vor Nr.)

D. Beob.